Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift: Tageblatt Riesa. Fernruf Nr. 20. Postfach Nr. 32.

Das Riesaer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postscheckkonto: Dresden 1530. Girokasse: Riesa Nr. 32.

№ 28. Donnerstag, 2. Februar 1928, abends. 81. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends ½6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Eintretens von Produktionsverteuerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialienpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 39 mm breite, 3 mm hohe Grundschrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achttägige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle Goethestraße 58. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlemann, Riesa. für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Weiterentwicklung der Locarno-Politik.

Eine 2. Rede Stresemanns. — An die Adresse Briands und die Deutschnationalen.

Deutscher Reichstag.

vbz. Berlin, 1. Februar.

Die zweite Beratung des Haushalts des Auswärtigen Amts

wird fortgesetzt.

Abg. Stoecker (Komm.)

meint, die Rede des Abg. von Freitagh-Loringhoven sei den Deutschnationalen sichtlich unangenehm gewesen. Keine Hand habe sich bei ihnen zum Beifall gerührt, und der Abg. Schulz-Bromberg habe nach der Rede seines Fraktionsgenossen ostentativ dem Außenminister die Hand gedrückt. Tatsächlich liegen die Deutschnationalen ebenso wie die Sozialdemokraten in inniger Liebe an den Brüsten des Herrn Stresemann. (Heiterkeit.) Der Redner geht dann auf die Abrüstungsfrage ein. Der Minister Dr. Stresemann treibe ebenso Abrüstungssabotage wie die Außenpolitiker der übrigen Staaten. Den einzigen ernsthaften Abrüstungsvorschlag habe Rußland gemacht.

Abg. Graf zu Reventlow (Nat.-Soz.)

bezeichnet die deutsche Außenpolitik als eine konsequente Unwahrhaftigkeit dem deutschen Volke gegenüber. Das Volk sei darüber getäuscht worden, daß mit dem Dawespakt die deutsche Souveränität verkauft wurde. Stresemann habe mit seiner Völkerbundspolitik vollständig Bankerott gemacht. Ein Handelsvertrag mit Polen müsse abgelehnt werden. Selbst eine Räumung des Korridors wäre kein genügender Preis für ein Ost-Locarno. Das Auswärtige Amt sei geradezu eine Filiale von Briand. Der Geheimfonds des Auswärtigen Amts müsse gestrichen werden, und der Außenminister müsse über die bisherige Verwendung dieser Mittel Rechenschaft ablegen, auch über den auffallenden Kurswechsel des „Fränkischen Kuriers". Die jetzige Außenpolitik sei ein niederträchtiger, infamer Verrat des Volkes.

Der Redner erhält einen Ordnungsruf.

Abg. v. Graefe (Völk.)

sieht in dem Dawespakt die Ursache des jetzt beginnenden Untergangs der deutschen Landwirtschaft und des Verfalls der übrigen Wirtschaftszweige. Wenn der Reichskanzler Dr. Marx in diesen Tagen sagte, der Wohlstand des deutschen Volkes beginne sich zu heben, so sei das eine Irreführung des Volkes. Die jetzige Außenpolitik verursache den Zusammenbruch der deutschen Wirtschaft. Von der Erkenntnis dieser Zusammenhänge werde das Volk abgelenkt durch die Gründung rein materiell orientierter Gruppen, die Wirtschaftspartei, Sparerpartei usw. Mit der jetzigen Handelsvertragspolitik werde die Wirtschaft, vor allem die Landwirtschaft, dem Untergang preisgegeben. Dr. Wirth habe von seinen Pariser Unterhaltungen die Lehre mitgebracht, daß in Frankreich keine Partei daran denkt, die Locarnoversprechungen zu erfüllen. Bei der gestrigen Rede des Abgeordneten Ultzka sei manchem die Erinnerung gekommen an Bismarcks Mißtrauen gegen die Politik in langen Kleidern, weiblichen und priesterlichen. Das Zentrum habe immer Politik mit doppeltem Boden getrieben. Die Deutschnationalen sollten endlich erkennen, daß sie mit ihrer Unterstützung der Stresemann-Politik einen falschen Weg gegangen sind. Sie sollten im vaterländischen Interesse die Koalition zerplatzen lassen und mit den Völkischen gemeinsam den Kampf für die deutsche Freiheit führen.

Abg. Urbahns (linker Kommunist)

stimmt dem Vorredner darin zu, daß die jetzige Außenpolitik auf Täuschung des Volkes berechnet sei. Die Ministerrede habe der Bilanzverschleierung einer bankerotten Firma gegolten. Die offiziellen Kommunisten und die jetzige Sowjetregierung Rußlands seien mitschuldig an der Herrschaft der imperialistischen Bourgeoisie. Die offiziellen Kommunisten hätten Lenin verlassen und seien Kautskyaner geworden. Jetzt komme es darauf an, das Proletariat zum Bürgerkrieg gegen den Kapitalismus zu organisieren.

Reichsaußenminister Dr. Stresemann

wendet sich zu den gestrigen Ausführungen des Abg. von Freytagh-Loringhoven und der dazu vom „Vorwärts" aufgeworfenen Frage, was der Minister dazu erklären wolle. Der Minister betont, er könne nicht mit dem Abg. v. Lindeiner die Rede des Abg. v. Freytagh als eine wertvolle Ergänzung der Ministerrede betrachten. Die Deutschnationalen haben die Locarnopolitik nicht etwa terminiert anerkannt. Ihr Vertreter Dr. Hoetzsch hat auch in Genf loyal mitgearbeitet. Wenn Abg. v. Freytagh eine Abkehr von der deutsch-französischen Verständigungspolitik fordert, so liegt darin ein Gegensatz zu dieser Haltung seiner Fraktion. Es trifft nicht zu, daß diese Politik in eine Sackgasse geführt hätte. Herr v. Freytagh hat nicht den neuen Weg angegeben, den wir nach seiner Meinung einschlagen sollen. Den Rechtsgedanken im Völkerbund durchzusetzen, ist immer unser Bestreben gewesen; das wäre also nicht ein neuer Weg unserer Politik. Wir haben mit der obligatorischen Schiedsgerichtsverpflichtung den übrigen Großmächten ein Beispiel gegeben und uns den Beifall der kleineren Staaten errungen. **Wir wollen die Politik der gegenseitigen Verständigung nicht verlassen. Der Locarnovertrag hat uns die Freiheit des Luftverkehrs und viele andere Erleichterungen gebracht.** Der Fortschritt geht natürlich nur schrittweise.

Ich habe darauf hingewiesen, daß es sich **in Locarno nicht nur um das Vertragswerk handeln sollte, sondern um den Anfang einer gemeinsamen Politik zur Erhaltung des Friedens. Deutschland ist schon um seiner Selbsterhaltung willen zu einer solchen Politik genötigt.** Von einem neudeutschen Imperialismus kann wirklich nicht gesprochen werden.

Natürlich ist seit Locarno noch nicht jede Spannung beseitigt; aber ich betrachte es als meine Aufgabe, daran zu arbeiten. Darum kann ich **auch an die französische Adresse die Mahnung richten: nun tut auch das Eure, daß die Idee von Locarno Gemeingut des deutschen Volkes werden kann.** (Beifall.) Ein französischer Senator hat gesagt, Deutschland habe durch den Versailler Vertrag das modernste Heer der Welt bekommen. (Lachen.) Wir empfehlen allen Mächten der Welt, sich ein modernes Heer dieser Art anzuschaffen. (Sehr gut!). **Die von französischer Seite gegen eine Rheinlandräumung angeführten Argumente treffen nicht den Kern.** Ganz unverständlich ist die Erklärung, Deutschland mußte erst seine Reparationsverpflichtungen erfüllen. Die Rheinlandbesetzung soll doch auch nach dem Versailler Vertrag nicht so lange dauern, bis die letzte Million bezahlt ist. Wenn aber Frankreich die Fortdauer der Besatzung als Machtfaktor betrachtet, so wäre nicht zu verstehen, daß es diesen Machtfaktor für irgendeine Gegenleistung aus der Hand geben will. **Wir hoffen, daß die leitenden französischen Kreise zu der Einsicht kommen, daß eine schnelle Räumung des Rheinlandes die allerbeste Wirkung für die Verständigungspolitik haben würde.**

Es ist nicht zu verkennen, daß der Gedanke der Verständigungspolitik seit der Bildung der jetzigen Regierung im deutschen Volke wesentliche Fortschritte gemacht hat. Dieses wachsende Verständnis wird nicht erschüttert werden durch eine parlamentarische Entgleisung, wie wir sie hier erlebt haben. Der „Vorwärts" sollte diese Angelegenheit nicht allzu tragisch nehmen. Der sozialdemokratische Fraktionsvorsitzende hat ja erst vor kurzem den Abg. v. Freytagh-Loringhoven als Beispiel dafür genannt, daß ein Redner nicht in jedem Falle die Meinung seiner Fraktion zu vertreten braucht. Wenn der „Vorwärts" sagt, Herr von Lindeiner habe für die Deutschnationale Fraktion den Ausführungen des Abg. v. Freytagh zugestimmt, so muß man berücksichtigen, in welcher Eile sich Abg. v. Lindeiner auf seine Rede präparieren mußte. (Heiterkeit.)

Ich hoffe, daß es uns gelingen wird, bald die letzten Hemmnisse zu beseitigen, die einer wirkungsvollen Zusammenarbeit mit Frankreich am Werke des Weltfriedens noch entgegenstehen. (Beifall.)

Abg. Dr. Breitscheid (Soz.)

weist die Ausführungen des Abg. v. Rheinbaben über die Resolution der Internationalen sozialistischen Konferenz in Luxemburg zurück. Wer jetzt noch aus dieser Resolution ein Entgegenkommen an den französischen Standpunkt herauslesen wolle, der verrate einen Mangel an Intelligenz oder an Loyalität. Abg. v. Lindeiner habe im wesentlichen nur die Ausführungen des Abg. v. Freytagh bestätigt. Abg. v. Freytagh habe freilich in einem Teil seiner Rede vollständig das verleugnet, was er in seiner Völkerbundsbroschüre geschrieben habe. Er sollte dieser Broschüre jetzt den Titel geben „Der Weg von Jerusalem nach Damaskus". (Heiterkeit.) Das Auswärtige Amt fordert der Redner auf, dagegen einzuschreiten, daß in der offiziellen Wochenschrift der deutschen Marine von Offizieren Außenpolitik auf eigene Faust getrieben werde.

Abg. Dr. Wirth (Zentr.)

meint, Dr. Stresemann habe gesprochen wie ein Minister der loyalen Opposition. Der gestrige Zwischenfall habe wieder gezeigt, welch falsches Spiel die Deutschnationalen spielen. Wenn der Minister für die Regierung spricht, dann muß er auch für die Parteien sprechen können, die hinter der Regierung stehen. Wenn er das nicht kann, so ist er in seinem Friedenswerk nicht nur kompromittiert, sondern auch sabottiert. (Beifall links und im Zentrum.) Die deutschnationalen Agitationsreden draußen liefern das Material, mit dem die französischen Reaktionäre und Militaristen die Ehrlichkeit der deutschen Verständigungspolitik verdächtigen. (Beifall.) Wir, die wir in Opposition zu der jetzigen Regierung stehen (Bewegung), wir wollen das parlamentarische System in Deutschland zu einem brauchbaren Instrument der Außenpolitik machen. Die Welt ist willens, auf dem Wege der Verhandlung mit dem deutschen Volke voranzuschreiten. Wir, die wir zur jetzigen Regierung in loyaler Opposition stehen (hört! hört!), wir halten uns fern von jener Verbitterung, die aus den Reden der Deutschnationalen und vieler Volksparteiler hervortritt. Diese Verbitterung stört das Friedenswerk des Außenministers und stärkt die Reaktion in Frankreich. Die Politik des Außenministers wird getragen von der großen Mehrheit des deutschen Volkes, sie stützt sich auf die Regierung der großen Koalition, die außenpolitisch schon vorhanden ist. Das ist der beste Beweis für die Notwendigkeit, schleunigst mit der jetzt nur noch formell bestehenden Regierungskoalition Schluß zu machen. Das liegt im Interesse des deutschen Volkes und des Friedens unter den Völkern. (Beifall links und im Zentrum.)

Abg. Dr. Schnee (DVp.)

kritisiert die englische Politik in den ehemals deutschen Kolonien in Afrika. Diese Politik widerspreche den festgelegten Grundsätzen des Völkerbundes für die Mandatsmächte.

Reichsaußenminister Dr. Stresemann

erklärt dazu, die deutsche Regierung werde sich gegen eine Verletzung der Mandatsgrundsätze wenden.

Damit schließt die Aussprache.

Von den **Kommunisten** ist ein **Mißtrauensantrag** gegen den Außenminister eingebracht worden, der **gegen die Antragsteller und die Völkischen abgelehnt wird.**

Der Etat wird nach den Vorschlägen des Ausschusses mit den Ausschuß-Entschließungen angenommen.

Ohne Aussprache wird der **Gesetzentwurf über die Anrufung des Ständigen Internationalen Gerichtshofes im Haag** in erster und zweiter Beratung angenommen.

Um 18½ Uhr vertagt sich das Haus auf Donnerstag 12 Uhr. — Auf der Tagesordnung stehen die Einsprüche gegen die Ausweisung der Kommunisten Florin und Bertz und der Etat der besetzten Gebiete.

*

Die Berliner Presse zur 2. Rede Dr. Stresemanns.

)(Berlin. Die konservative **Kreuzzeitung** bemerkt zu den gestrigen Ausführungen Dr. Stresemanns im Reichstage: Bei aller Betonung des Gemeinsamen in der Beurteilung der außenpolitischen Lage mußte er doch bald an dem Punkte ankommen, an dem sich die Wege trennen: Festhalten an der Locarnopolitik oder Neuorientierung. Er glaubt noch immer an die Möglichkeit, auf dem Wege von Locarno zur Verständigung zu kommen und da scheiden sich die Geister. Wir unterschreiben voll und ganz die Feststellungen des Freiherrn von Freytagh-Loringhoven, daß wir mit Locarno in eine Sackgasse geraten sind und neue Wege gehen müssen.

Anders urteilt die Deutsche Tageszeitung: Gewiß suchte er in einzelnen Punkten sich von den Auffassungen des deutschnationalen Redners zu distanzieren, anstatt sie zur Verstärkung der von ihm auch gestern wieder an die französische Adresse gerichteten Mahnungen zu benutzen. Aber er bagatellisierte doch zugleich die Differenzpunkte und hob verschiedentlich das Gemeinsame hervor.

Aehnlich betont die **Tägliche Rundschau**, daß, nachdem Dr. Stresemann unter stärkstem Beifall des ganzen Hauses geendet hatte, die weitreichende Uebereinstimmung über das Wesen und die Ziele der Außenpolitik wieder hergestellt war.

Die **Germania** begrüßt es ausdrücklich, daß Stresemann nochmals so klar und unmißverständlich den Weg der deutschen Außenpolitik gezeigt hat und der Beifall der Mehrheit des Hauses dürfte auch den Herren in Paris deutlich machen, daß wir es mit unserer Friedenspolitik ernsthaft meinen. Nun aber hat Frankreich das Wort.

Das **Berliner Tageblatt** erklärt, daß sich in der Zielsetzung der deutschen Politik, den eisernen Vorhang zu beseitigen, der noch immer Deutschland von Frankreich trennt, eine immer stärker anwachsende Mehrheit des deutschen Volkes völlig einig sei. Diese Tatsache dürfe durch parlamentarische Entgleisungen, wie die des Herrn von Freytagh-Loringhoven nicht verdunkelt werden.

Im **Vorwärts** heißt es: Zur Politik der europäischen Friedenssicherung durch deutsch-französische Zusammenarbeit hat sich Herr Stresemann gestern leidenschaftlicher denn je bekannt. Er hat auch sehr richtig hervorgehoben, daß wir Verständigungspolitik betreiben, nicht um die Räumung zu erreichen, sondern wir umgekehrt die Räumung fordern um der Verständigung willen. Das alles hat er so gut gesagt, daß es auch ein Sozialdemokrat nicht besser hätte sagen können.

*

Die Stresemannrede im Spiegel der englischen Presse.

)(London. „Daily News and Westminster Gazette" schreibt in einem Leitartikel: **„Wenn auch die französische öffentliche Meinung Dr. Stresemanns erneute Forderung nach sofortiger Räumung des Rheinlands übelnimmt, so gibt es doch keine wirklichen Einwendungen gegen die von ihm vorgebrachten Argumente.** Wir glauben nicht, daß die britische Regierung oder irgendein Teil der britischen öffentlichen Meinung versuchen würde, die Form „internationaler Knechtschaft", die die Anwesenheit einer französischen Armee und des Rests einer britischen unter den gegenwärtigen Umständen bedeutet, zu rechtfertigen. Wenn die Unterzeichner des Locarnopakts die Absicht hatten, ihre Verpflichtungen einzuhalten, dann ist die Fortdauer der Besetzung eine Beleidigung für den gesunden Menschenverstand und das Gerechtigkeitsgefühl, ferner eine Beleidigung des deutschen Volkes und eine dauernde Gefahr für den Frieden. Es kann kaum bezweifelt werden, daß die britische Regierung die britischen Truppen bereits morgen mit Freude zurückziehen würde. **Die französische Regierung hat immer wieder ihren Wunsch nach wahrem Frieden mit Deutschland verkündet, aber sie wird niemals den friedlichen Geist in der deutschen Nation hervorbringen, wenn sie eine starke militärische Streitmacht nicht nur an der Grenze ihres Nachbarn beläßt.**